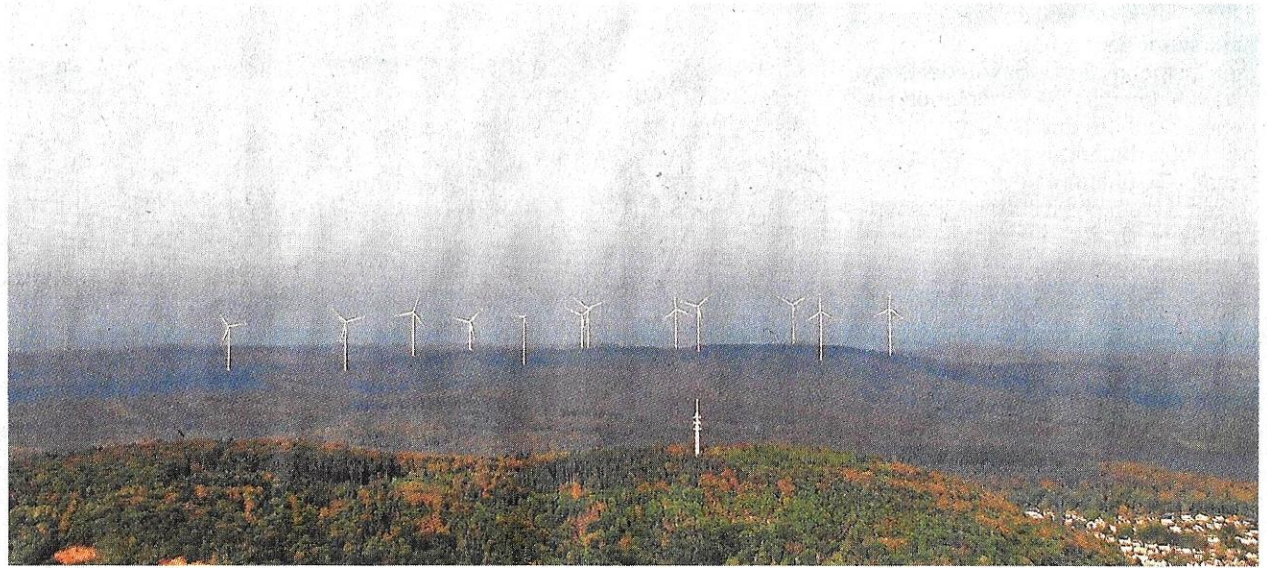


Weg frei für fünf weitere Windräder

Regierungspräsidium genehmigt Projekt auf dem Hammelsberg bei Breitenborn

Gründau-Breitenborn (re/pfz). Das Regierungspräsidium Darmstadt hat den Bau der fünf von der Firma Renertec geplanten Windkraftanlagen auf dem Hammelsberg bei Breitenborn genehmigt. Dies teilte die Behörde gestern mit. Gründaus Bürgermeister Gerald Helfrich bedauert auf GNZ-Anfrage, dass die Einwendungen und die ablehnende Haltung der Kommune „leider nicht auf offene Ohren gestoßen sind“. Die Gemeinde werde mit ihrem Rechtsbeistand die weiteren Schritte beraten. Der Verein „Windjammer“ kritisiert in einer Mitteilung, dass die Genehmigung alleine im Interesse der Energiewende und gegen den Willen der Gemeinde und vieler Bürger erteilt worden sei.



Blick auf den Windpark „Vier Fichten“, der durch das Projekt „Constantia II“ auf dem Hammelsberg um fünf Windräder erweitert werden soll.

FOTO: „WINDJAMMER“

Jüngst hatte die Genehmigungsbehörde bereits mitgeteilt, dass sie beabsichtige, das von der Gemeinde im Oktober 2018 versagte Einvernehmen zur Errichtung und dem Betrieb der Anlagen zu ersetzen. Die Kommune reichte daraufhin in einer vom RP gesetzten Frist eine mit Rechtsanwalt Habor aus Göttingen erarbeitete, umfangreiche Stellungnahme ein. Die ablehnende Haltung der Gemeinde wurde aber „überstimmt und für unwirksam erklärt“, so die „Windjammer“-Vorsitzende Sandra Emmel: „Die demokratische Entscheidung wurde von der Fachbehörde getroffen, die Meinung der Gemeinde Gründau und der Bürger untergeordnet.“

Wie das RP mitteilt, werden die mit dem Bau verbundenen Eingriffe in Natur und Landschaft zugelassen, „weil sie auf ein Mindestmaß beschränkt und durch Ersatz- beziehungsweise Ausgleichsmaßnahmen kompensiert werden“. Um sicherzustellen, dass nicht gegen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände verstoßen werde, seien „Schutzmaßnahmen“ vorgesehen.

Der Gründauer Verein „Windjammer“ hält den Genehmigungsbescheid derweil für „unwirksam“. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sei mangelhaft. „Die schweren Belange zum Natur-, Arten-, Brand- und Grundwasserschutz werden im Genehmigungsbescheid seitens der Fachbehörden völlig ignoriert“, kritisiert Emmel. Es zeige sich, dass hier nicht mehr nach Sachlage entschieden, sondern unter politischem Druck agiert werde. So habe es beispielsweise Einzelfalluntersuchungen, insbesondere bei den Grundwasserbelangen, nicht gegeben. Die Risiken würden vernachlässigt, geforderte Nachkartierungen beim Artenschutz nicht eingeleitet. Mangelhafte, geschönte Gutachten des Projektierers Renertec würden zugrunde gelegt.

Drei der genehmigten Anlagen mit 241 Metern Höhe sollen laut „Windjammer“ auf einer Fläche errichtet werden, die das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie ursprünglich aus schwerwie-

genden Gründen der Rohstoffsicherung in der Regionalplanung gestrichen hatte: „Das ist sehr makaber“, sagt Emmel. Verwunderlich sei, dass diese Behörde ihre zuvor erteilte Ablehnung wenige Tage später revidiert habe. „Dass diese gestrichene Fläche aber dann auch noch auf Antrag des Projektierers Renertec im Februar 2019 an die Regionalversammlung Südhessen und politischen Entscheidungsträger wieder als Weißfläche in die dritte Offenlage des ‚Teilplans Erneuerbare Energien‘ Südhessen aufgenommen wird, ist geradezu absurd. Dies zeigt die Macht der Projektierer“, glaubt die Vereinsvorsitzende. Schließlich sei diese Aktion seitens Renertec aber notwendig gewesen, denn das Projekt sei nach Angaben des Projektierers mit nur zwei Anlagen nicht rentabel.

Dass dem Antrag von Renertec auf Sofortvollzug der Genehmigung (die GNZ berichtete) nun stattgegeben worden sei, zeige, „mit wel-

chen Machenschaften und reiner Willkür dieser Genehmigungsbescheid im Eilverfahren durchgepeitscht worden ist“, kritisiert Sandra Emmel. Renertec-Geschäftsführer Christoph Eckert hatte der GNZ Mitte September gesagt, ein Antrag auf Sofortvollzug sei ein „üblicher Vorgang“. Zudem wehrte er sich damals gegen Vorwürfe, sein Unternehmen würde mit unseriösen Gutachtern zusammenarbeiten.

Die genehmigte Rodungsfläche für das Projekt betrage laut „Windjammer“ rund 76 330 Quadratmeter Wald, das entspreche elf Fußballfeldern. Die Wiederaufforstung soll demnach in Spielberg und in Streitberg stattfinden, die „massive Waldzerstörung für die subventionierte Energiewende“ beginne jedoch in Breitenborn. „Das Abholzen mit einhergehender Bodenversiegelung und unabsehbaren Folgen für unser Grundwasser zerstört das, was wir eigentlich erhalten wollen: Klimaschutz durch Wälder und Bäume“, betont Sandra Emmel.